

vbb magazin

5

Mai 2018 • 57. Jahrgang



Der Bundeswehrbeamte
Zeitschrift des Verbandes
der Beamten der Bundeswehr



Im Gespräch ...

Seite 4 <

Zwei Franken

Seiten 4/26 <

Einkommensrunde
2018

Postvertriebsstück • Deutsche Post AG „Entgelt bezahlt“

© shutterstock.com / Christian Draghici



© Jan Brenner / dbb

Zwischenschritt

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit Ende des vergangenen Jahres beschäftigt den Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) die Frage nach der Zukunft der obersten Beschaffungsbehörde in Koblenz. Seit Beginn des Jahres 2018 sind auch die Beschäftigten aller Statusgruppen mehr oder weniger in heller Aufregung, als in der „Wirtschaftswoche“ zur Organisationsstruktur des Bundesamtes für Ausrüstung, Informatik und Nutzung (BAAINBw) philosophiert wurde. Was jetzt in der Einrichtung einer „Task Force“ mündet, ist das Ergebnis – auch einer medialen Begleitung durch unseren VBB. Und es gehört auch zur Wahrheit, dass wir uns einen anderen Weg gewünscht hätten.

Richtig ist aber auch, dass durch mehr Transparenz und belastbare Informationen für die Beschäftigten vieles an Irritationen hätte vermieden werden können. Nun könnte man es sich leicht machen und sagen, die in Koblenz sind das ja

schon gewohnt, dass sich von Zeit zu Zeit Verteidigungsminister unterschiedlicher Parteizugehörigkeit und jetzt also auch Frau Dr. Ursula von der Leyen mit ihnen auseinandersetzen – von der Weizsäcker-Kommission über die Weise-Kommission bis zu der ehemaligen Staatssekretärin Dr. Katrin Suder und ihrem für Rüstungsangelegenheiten zuständigen Abteilungsleiter A.

Alle hatten den durchaus löblichen Ansatz, die Beschaffung von Wehrmaterial schneller, günstiger und mit wenig Personal zu realisieren – sozusagen die Quadratur des Kreises zu erfinden. In Erinnerung ist mir in diesem Zusammenhang auch die Aussage eines Mitgliedes der Weise-Kommission geblieben, der vollmundig verkündete, man könne die Beschaffung der Ausrüstung auch mit 800 Beschäftigten statt der damals 8.000 in Lohn und Brot stehenden Menschen des ehemaligen Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) realisieren. Und wieder die gleichen Fehler: Mangels und teilweise irreführende Informationen und der Verdacht, dass die organisatorische Zukunft für das Beschaffungsamt in mehr oder weniger groben Zügen schon vor dem Beginn der Koalitionsverhandlungen beschlossene Sache gewesen sein könnte. Es wäre sicher auch wünschenswert gewesen, wenn es nicht neben der öffentlichen Berichterstattung auch noch zweier Briefe des örtlichen Personalrates bedurft hätte, bis sich die Spitze des Verteidigungsministeriums der Sache annimmt. Es gibt einen Moment, da sind Videokonferenzen fehl am Platze, da hilft nur noch das persönliche Gespräch, um Zweifel und Irritationen bei den Beschäftigten auszuräumen. Ob die Verantwortlichen das begriffen haben, wird die Zukunft weisen.

Mit der im Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarung zur überjährigen Planungs- und Finanzierungssicherheit und zur Ver-

>	Einkommensrunde 2018 – ein Erfolg?	4
>	Zwei Franken im Gespräch	4
>	G1/A1-Tagung in Berlin	5
>	Verantwortungs- und Vertrauenskultur	5
>	Unterzeichnung Traditionserlass	6
>	„Projekt Pfeil“ – Pläne für das Beschaffungsamt der Bundeswehr	8
>	Bundeswehrbeamte kritisieren Verteidigungsministerin: „Die Stimmung ist nicht gut“	8
>	BAAINBw Koblenz: Feierliche Verabschiedung am Deutschen Eck	8
>	Staatssekretäre mit Serenade verabschiedet	9
>	Zuständigkeiten neu verteilt	9
>	Den Blick der Verbandsarbeit weiten	10
>	Jung an Jahren – erfahren im politischen Geschäft	10
>	VBB-Bundesvorstand tagte in Königswinter	11
>	VBB-Magazin im Interview mit der zivilen Gleichstellungsbeauftragten BMVG sowie deren Stellvertreterin	12
>	VBB nimmt am 4. Forum Behindertenpolitik des dbb in Berlin teil	13
>	Feierstunde zum 60.	13
>	Personalrätekonferenz Bonn/Rhein-Sieg	13
>	7. Gewerkschaftstag des SBB – Beamtenbund Tarifunion Sachsen	14
>	26. Arbeitstagung der Bildungsplaner (-innen)	14
>	Begrüßung der neuen Beamtinnen und Beamten in Mannheim	15
>	Neue Unterstützung in der Mitgliederverwaltung	16
>	Leserbriefe	16
>	VBB-Beamtengruppe im HPR	17
>	Aus unseren Bereichen und Landesverbänden	18
>	Personalnachrichten	25

>	Einkommensrunde 2018: Moderner Abschluss mit Weitblick	26
>	Bezahlung im öffentlichen Dienst: Für wen gilt was?	29
>	europa Europäischer Abend: Soft Brexit, Hard Brexit oder Brexit-Exit?	30
>	brennpunkt Beihilfe und „Hamburger Modell“: Bürgerversicherung durch die Hintertür	33
>	senioren Bundesversicherungsamt rügt Krankenkassen: Alte und Kranke unerwünscht?	37
>	dbb bundesfrauenvertretung Aktion gegen Diskriminierung: Chancengleichheit im Betrieb? Check!	38
>	Neuregelung der Grundsteuer-Reform: Keine Mehrbelastungen für Finanzämter und Bürger	39
>	4. dbb Forum Behindertenpolitik: Arbeiten 4.0 – Inklusionschancen der Digitalisierung nutzen	40
>	standpunkt Europapolitische Koordinierung der neuen Bundesregierung: Zurück in die Zukunft?	46

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle des VBB, Baumschulallee 18 a, 53115 Bonn. **Telefon:** 0228.38927-0. **Telefax:** 0228.639960. **Redaktion:** Bundesgeschäftsstelle des VBB. **Internet:** www.vbb-bund.de. **E-Mail:** mail@vbb-bund.de. **Herausgeber der dbb seitens:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Fotos:** dbb, Fotolia, MEV. **Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift erscheint 10-mal im Jahr und ist für VBB-Mitglieder im Beitrag eingeschlossen. Nichtmitglieder bestellen schriftlich beim dbb verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 29,00 € zzgl. 5,50 € Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 3,20 € zzgl. 1,20 € Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember beim dbb verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Versandort:** Geldern. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen. **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk. **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigenposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 59** (dbb magazin) und **Preisliste 43** (vbb magazin), gültig ab 1.10.2017. **Druckauflage:** dbb magazin: 598 651 (IVW 1/2018). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter. **ISSN 0521-7814**

besserung im Bereich des Vergaberechts und der Vergabeordnung wurden zumindest schon einmal Schritte in die richtige Richtung gemacht. Darüber hinaus wäre es jedoch auch hilfreich gewesen, die sogenannten „25-Millionen-Vorlagen“ nach oben auszuweiten. Dazu konnten sich jedoch die Koalitionspartner nicht durchringen. Und wieder geht man zwei Schritte vor und einen zurück.

Die nunmehr eingerichtete „Task Force“, bestehend aus Vertretern des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) und des BAAINBw, soll im Sin-

ne des immer noch geltenden bundeswehrgemeinsamen Ansatzes durch den Vizepräsidenten BAAINBw, Armin Schmidt-Franke und dem Abteilungsleiter FüSK, Konteradmiral Jean Martens, geleitet werden. Diese „Task Force“ soll bis August dieses Jahres die Ausgangslage analysieren. Auf Grundlage der Ergebnisse dieser Analyse sollen in einer sich anschließenden zweiten Phase Lösungsvorschläge erarbeitet werden. Während dieser zweiten Phase soll ein Expertenrat eingerichtet werden, der aus Abgeordneten des Deutschen Bundestages, Vertretern der Beteiligungsgremien sowie aus

weiteren internen und externen Fachleuten bestehen soll. Der VBB hat bereits sein Interesse signalisiert, in diesem Expertenrat mitzuwirken. Dem Vernehmen nach ist vorgesehen, dass die Verteidigungsministerin Ende des Jahres 2018 entscheiden will, welche Reformschritte umgesetzt werden sollen.

Für den VBB war Information für die Betroffenen immer das oberste Ziel. In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung hat der Verband sowohl zum eigenen Kenntnisstand informiert als auch sich der Richtigkeit eigenen Han-

delns versichert. Auf diesem Weg des ständigen Austausches mit den Betroffenen vor Ort und deren Information wollen wir weitergehen. Die Rückmeldungen, die wir bisher aus Koblenz erhalten haben, bestätigen uns, richtig gehandelt zu haben. Für dieses Vertrauen sagen wir Ihnen herzlichen Dank.

Herzlichst
Ihr



Wolfram Kamm

Einkommensrunde 2018 – ein Erfolg?

Das Ergebnis steht seit Dienstagabend, den 17. April 2018, fest – die wesentlichen Verhandlungsergebnisse lauten: die Tabellenwerte werden linear in drei Schritten um 3,19 Prozent (1. März 2018), 3,09 Prozent (1. April 2019) und 1,06 Prozent (1. April 2020) erhöht; die Ausbildungs- und Praktikantenentgelte erhöhen sich um jeweils 50 Euro (1. März 2018 und 1. März 2019).

Verhandlungsführer Frank Bsirske (ver.di) sprach vom „besten Ergebnis seit vielen Jahren“. Aber ist dem auch so? Betrachtet man einmal die Kommentare auf unserer Face-

book-Seite im Anschluss an die Veröffentlichung, so kommen Zweifel auf – diese sind durchweg negativ.

Aber woher kommt dieser Unmut? Schauen wir uns in diesem Zusammenhang erst einmal die Ausgangsforderung an – da wurden in der Hauptsache 6 Prozent linear, mindestens aber 200 Euro als soziale Komponente, für Auszubildende 100 Euro auf ein Jahr gefordert – dies weicht doch sehr von den 7,5 Prozent mehr Gehalt, verteilt auf drei Jahre, ab. Hinzu kommen andere Abschlüsse bspw. bei der Telekom, die sich im Tarifstreit auf

deutlich höhere Gehälter (5,2 Prozent beziehungsweise 4,8 Prozent je nach Entgeltgruppe für die 55.000 Beschäftigten in zwei Stufen) eingelassen hat. Und zu guter Letzt sind die vielen Nullrunden in früheren Jahren auch noch nicht vergessen.

Dennoch sollten wir positiv bleiben, getreu dem Motto „Besser den Spatz in der Hand, als die Taube auf dem Dach“. Wir können das Ergebnis nicht ändern und bewerten es als positiv, dass in diesem Jahr schon frühzeitig deutlich gemacht wurde, dass das Ergebnis auf den Beamtenbereich

(Bund) übertragen wird. Dies war auch schon einmal anders.

Einmal mehr rücken mit dem Ergebnis auch wieder andere Themen in den Vordergrund, so beispielsweise die Anpassung der wöchentlichen Arbeitszeit der Beamten an die Arbeitnehmer. Hierfür wird sich der Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) in 2018 massiv einsetzen und dies bei der neuen Bundesregierung thematisieren.

Eine ausführliche Berichterstattung zur Einkommensrunde 2018 bei Bund und Kommunen siehe Seite 26.

Zwei Franken im Gespräch

Mit der Entscheidung der Bundesministerin der Verteidigung, Dr. Ursula von der Leyen, die beiden Positionen der Parlamentarischen Staatssekretäre neu zu besetzen, ist die Leitung des Verteidigungsressorts komplett. Zeit, mit den beiden „Neuen“ Kontakt aufzunehmen.

Nachdem zu verschiedenen Anlässen kurze Gespräche geführt wurden, trafen sich der

Bundesvorsitzende des Verbandes der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB), Wolfram Kamm, und der Parlamentarische Staatssekretär, Thomas Silberhorn, zu einem „Kennenlern-Gespräch“ in Berlin.

Bei dieser ersten Runde standen folglich nicht Sachthemen im Vordergrund, sondern die Basis für kommende Gespräche zu legen.



Wolfram Kamm nutzte die Gelegenheit, den VBB als die älteste Interessenvertretung in der Verbände- und Gewerkschaftslandschaft und die maßgebliche Vertretung der Beamtinnen

und Beamten im Verteidigungsbereich vorzustellen.

Anhand der Ergebnisse der letzten Wahlen zu den Personalvertretungen verdeutliche

er die Stellung des VBB bei den Vertretungen der Beschäftigten im Ministerium und seines Geschäftsbereiches. Zur weiteren Vertiefung der Anliegen der Beamtinnen und Beamten,

bezogen auf die Attraktivität und das Ungleichgewicht bei der Besetzung von Spitzenpositionen im Verteidigungsministerium, wurden weitere Gespräche vereinbart. ■

G1/A1-Tagung in Berlin

Mittlerweile ist sie zur Tradition geworden, die G1/A1-Tagung. Einmal im Jahr treffen sich die personalverantwortlichen militärischen Vertreter, um über die weiteren politischen und personellen Entwicklungen in der Bundeswehr Informationen zu erhalten.

Zu den Eingeladenen zählen ebenso Vertreter des Bundesamtes für das Personalmanagement der Bundeswehr (BAPersBw), wie Vertreter der Verbände und Gewerkschaften.

Eröffnet wurde die Veranstaltung durch die Bundesministerin der Verteidigung, Frau Dr. Ursula von der Leyen, die in ihrer Ansprache die Eindrücke aus der Klausurtagung der Bundesregierung auf Schloss

Meeseberg wiedergab. In einer „tour d'horizont“ ließ die Ministerin die vergangene Legislaturperiode Revue passieren und gab einen Ausblick auf die Herausforderungen der kommenden vier Jahre. Aus ihrer Sicht herausragend sei die Frage, wie den stetig steigenden Anforderungen zu begegnen sei. Wichtig sei, dass erstmals seit Jahrzehnten des Schrumpfens mit den von ihr auf den Weg gebrachten Trendwenden für Personal, Material und der Finanzen eine Trendumkehr geschafft sei.

Für das Personal bedeute dieses im Besonderen:

- > Die Bundeswehr wächst wieder,
- > personelle Obergrenzen seien abgeschafft und



- > über das Attraktivitätsprogramm und die Agenda Ausbildung beschreibe man weiter den Weg zu einem „Modernen Arbeitgeber Bundeswehr“.

Für die Trendwende Finanzen stellte die Ministerin eine Weiterentwicklung innerhalb des Zielkorridors der Vereinbarungen mit der NATO in Aussicht. Dieses bedeute in Zahlen eine Verstetigung des Anwachsens des Verteidigungsetats in den kommenden Jahren um 29 Prozent von 32,8 Mrd. Euro im Jahre 2013 auf 42,4 Mrd. Euro in 2021.

Unter der Überschrift „Zahlen, Daten und Fakten“ wurde die Entwicklung im Personalaufwuchs, der Nachwuchsgewinnung und der Stärkung der personellen Einsatzbereitschaft der Soldatinnen und Soldaten erläutert.

Bei der Trendwende Material betonte die Ministerin, dass sich die Umkehr auch in der Beschaffung niedergeschlagen habe. Zahlen, wie die 77 sogenannten 25-Mio.-Vorlagen mit einem Volumen von rund 30 Mrd. Euro oder die Steigerung der Rüstungsinvestitionen von 4,5 Mrd. Euro im Jahr 2013 auf 6 Mrd. Euro im Jahr 2017 sprächen eine deutliche Sprache. Daneben sei der Aufwand zur Materialerhaltung in den beiden vorstehenden Jahren von 2,6 Mrd. Euro auf 3,2 Mrd. Euro erhöht worden. ■



Verantwortungs- und Vertrauenskultur

Wie stellen sich Führungskräfte eine Verantwortungs- und Vertrauenskultur im Rahmen des Führens mit Auftrag vor? Unter diesen „Obersatz“ gestellt, trafen sich am 19. März 2018 in Berlin militärische und zivile Führungskräfte zum

Workshop „Vertrauen, Führung und Konsequenz“.

Dieser Workshop reiht sich in eine Vielzahl von Veranstaltungen ein, die einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Konzeption der zwischen Fürsorge und

Konsequenz im Umgang mit Fehlern beleuchtet, die einen Verstoß gegen das Wertefundament der Bundeswehr darstellen.

Demzufolge standen folgende Fragestellungen im Mittelpunkt des Workshops:

- > Welcher Umgang mit Fehlern ist in der Bundeswehr mit Blick auf die Grundsätze der Inneren Führung angemessen und anzustreben?
- > Wie kann eine „Kultur des Umgangs mit Fehlern und Fehlverhaltens“ in der Bun-

deswehr als integraler Bestandteil des Grundprinzips „Führen mit Auftrag“ entwickelt werden, die Vertrauen mit Konsequenz verbindet und Handlungssicherheit für Vorgesetzte und Untergebene schafft?

Nach einem Filmspot mit persönlichen Statements von zivilen und soldatischen Angehörigen der Bundeswehr begrüßte die Bundesministerin der Verteidigung, Frau Dr. Ursula von der Leyen, die Teilnehmer und führte in die Veranstaltung ein.

Nach einem Vortrag des Soziologen und Organisationsberaters Dr. Stefan Kühl, Professor an der Universität Bielefeld, zum Thema: „Wenn Kameraden Fehler machen“, berichtete der

neue Kommandeur des Ausbildungszentrums über spezielle Operationen nach Übernahme des Kommandos in Pfullendorf.

In vier sich anschließenden Panels diskutierten die Teilnehmer zu den Themen:

- > Umgang mit Fehlern. Wie können/müssen wir besser werden?
- > Welche Balance zwischen erzieherischer Fürsorge und notwendiger Konsequenz entspricht dem Prinzip des „Führens mit Auftrag“?
- > Wie lassen sich die Handlungsfelder „Verstoß gegen Vorschriften/Gesetze“ und „fehlende charakterliche Eignung“ voneinander abgrenzen?
- > Wie sollte der Umgang mit Fehlern in einer militärisch/



zivilen gemeinsamen Führungs- und Organisationskultur verankert werden?

Der Kreis der Teilnehmer setzte sich aus militärischem und zivilem Personal in truppendienstli-

cher und fachlicher Führungsvwendung zusammen. Daneben waren bundeswehrinterne und -externe Gäste geladen, darunter Vertreter der Personalratsgremien sowie der Verbände und Gewerkschaften.

Unterzeichnung Traditionserlass

Am 28. März 2018 hat der VBB, vertreten durch seinen Bundesvorsitzenden Wolfram Kamm, an der Feierstunde mit Podiumsdiskussion aus Anlass der Unterzeichnung des Traditionserlasses der Bundeswehr in Hannover teilgenommen.

Im Anschluss fand der feierliche Appell der Schule für Feldjäger und Stabsdienst der Bundeswehr zur Umbenennung

der Emmich-Cambrai-Kaserne in Hauptfeldwebel-Lagenstein-Kaserne statt.

Tobias Lagenstein war am 28. Mai 2011 bei einem Sprengstoffattentat in Afghanistan ums Leben gekommen. Der Hauptfeldwebel gehörte dieser Ausbildungseinrichtung selbst an. Die Initiative, die Kaserne nach ihm zu benennen, ging von den Soldaten(-innen) der dortigen Schule aus.

